

## Die Parteien nach der Bundestagswahl im September 2009 und vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2010

*Eckhard Jesse*



Eckhard Jesse

### **Zusammenfassung**

Die Bundestagsparteien sind nach den Wahlen in keiner guten Verfassung. Die Regierung fasst nicht Tritt, die Opposition tut sich – aus unterschiedlichen Gründen – ebenfalls schwer. Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 9. Mai 2010 ist von erstrangiger Bedeutung für die Bundespolitik. Würde die schwarz-gelbe Regierung im größten Bundesland ihre Mehrheit verlieren, so hätte sie ebenso keine mehr im Bundesrat. Ein ohnehin schwieriges „Durchregieren“ wäre dann unmöglich.

### **1. Einleitung**

Die Bundestagswahl 2009 endete mit einem Sieg für die Union und die FDP (Jesse/Sturm 2010). Sie konnten nach elf Jahren wieder eine Koalition bilden. Wie sich allerdings bereits beim Koalitionsvertrag gezeigt hat (Wachstum. Bildung. Zusammenhalt 2009), ist eine gemeinsame Leitidee nicht recht erkennbar. Die drei wenig zusammenhängenden Worte in der Überschrift machten deutlich: Es fehlt(e) an einem Projekt. Insofern fiel das Urteil nach der Schonfrist von 100 Tagen in den Medien nicht besonders positiv aus. Kritisiert wurde die unzureichende Führung, Klientelpolitik, Entscheidungsschwäche, die eine oder interne Streitigkeit. Die Regierung, die nun, auch wegen der neuen Mehrheit im Bundesrat, hätte „durchregieren“ können, tat eben dies aus einer Reihe von Gründen nicht – sei es, weil dies nicht dem Stil der präsidential auftretenden Kanzlerin

entspricht, sei es, weil ein Bündnis aus einer Regierungs- und (früheren) Oppositionspartei eine gewisse Anlaufzeit benötigt, sei es, weil die großen Rahmenbedingungen klare Konzeptionen erschweren, sei es, weil eine wichtige Landtagswahl ansteht und die Regierungsparteien davor keine unpopulären Entscheidungen fällen wollen, um nicht die schwarz-gelbe Mehrheit im Land (und im Bundesrat) zu gefährden.

Die Mehrheit im Bundesrat kam ebenso am 27. September 2009 zustande, dem Tag der Bundestagswahl. Es fanden nämlich zugleich vorgezogene Landtagswahlen statt. Wie im Bund löste in Schleswig-Holstein ein schwarz-gelbes Bündnis eine große Koalition ab. Bei einer schwarz-gelben Koalition bereits nach der Wahl im Februar 2005 in Schleswig-Holstein (sie wurde nur um wenige tausend Stimmen verfehlt) hätte die Große Koalition zu Beginn ihrer Regierungszeit über keine Mehrheit im Bundesrat verfügt. Union und FDP bilden in den folgenden Bundesländern

eine Koalition: Baden-Württemberg (seit 1996), Niedersachsen (seit 2003), Nordrhein-Westfalen (seit 2005), Bayern (seit 2008), Hessen (seit 2009), Sachsen (seit 2009) und Schleswig-Holstein (seit 2009). Damit haben sie 37 von 69 Stimmen im Bundesrat.

Am 9. Mai findet die einzige Landtagswahl im Jahre 2010 statt, eine entscheidende. In Nordrhein-Westfalen, dem weitaus größten Bundesland, das bei Wahlen so manche bundespolitische Entwicklung vorweggenommen hat, beabsichtigen Union und FDP ihre Koalition fortzusetzen, während SPD und Grüne ein Bündnis anstreben. Jede Koalition, die keine schwarz-gelbe ist, führt zu einem Verlust der knappen „bürgerlichen“ Mehrheit im Bundesrat. Wenn eine der Koalitionsparteien mit einem Gesetz nicht einverstanden ist, so muss das Land sich im Bundesrat enthalten. Enthaltung zählt aber – unsinnigerweise – wie eine Nein-Stimme. Der Koalition würde für zustimmungspflichtige Gesetze mithin die Mehrheit fehlen. Der folgende Beitrag will einerseits prüfen, in welcher Verfassung sich die Bundestagsparteien präsentieren und andererseits darlegen, inwiefern diese Wahl für die weitere bundespolitische Entwicklung wichtig ist.

## 2. Nordrhein-Westfalen als Vorreiter für den Bund

Die CDU bestimmte von 1947 bis 1966 (ein sozialdemokratisches Intermezzo 1956 bis 1958 ausgenommen), die Regierungspolitik in Nordrhein-Westfalen (eine Alleinregierung 1958 bis 1962), die SPD von 1966 bis 2005 (eine Alleinregierung von 1980 bis 1995 unter Johannes Rau). Seit 2005 gibt es eine christlich-liberale Koalition (vgl. Alemann 1995; Kranenpohl 2008).

Des öfteren wirkten sich neue Konstellationen im bevölkerungsreichsten Bundesland auf die Koalition im Bund

aus. Der Sturz des CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold im Jahr 1956 durch ein konstruktives Misstrauensvotum, den die „Jungtürken“ von der FDP in Gang gesetzt hatten (Papke 1992), war bundespolitisch bedingt (die Liberalen protestierten gegen die beabsichtigte (und später gescheiterte) Einführung des „Grabenwahlsystems“). Daraufhin beendete die Union im Bund die Koalition mit den Liberalen. Ein Teil von ihnen (16 Abgeordnete) erklärte den Austritt aus der FDP, unterstützte die Bundesregierung weiter und trat im Januar 1957 der Deutschen Partei bei. Bei der Bundestagswahl 1957 erzielte die Union das erste und einzige Mal die Mehrheit der Stimmen. Insofern hinterließ die neue Konstellation in Nordrhein-Westfalen im Bund keine Wirkung.

Die Landtagswahl 1966, die der SPD einen großen Wahlerfolg und der CDU starke Verluste bescherte (49,5 Prozent der Stimmen reichten für die SPD aber nicht zu einer absoluten Mandatsmehrheit), war der Anfang vom Ende der Kanzlerschaft Ludwig Erhards. CDU und FDP setzten ihre Koalition zunächst zwar fort, doch dann kam es nach dem Wechsel der FDP auf Bundesebene in die Opposition nicht zu einer großen Koalition (wie im Bund), sondern auf Drängen vieler Sozialdemokraten – erneut nach einem konstruktiven Misstrauensvotum – zu einem sozial-liberalen Bündnis. Auf diese Weise sollte der innerparteiliche Unmut über die Koalition im Bund gedämpft werden. Für die Anhänger einer solchen Konstellation im Bund besaß die nordrhein-westfälische Koalition hinfort eine Vorbildfunktion.

Im Jahr 1995 wurde in Nordrhein-Westfalen die erste rot-grüne Koalition gebildet – in einem Land, in dem die Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und den Grünen eher stark als gering waren. Da dieses Bündnis trotz mancher Querelen funktioniert hatte, bildete das Land zwischen Rhein und Ruhr einen Vorreiter für den Wechsel

im Bund drei Jahre später. Erwies sich Nordrhein-Westfalen hier als Vorbote zugunsten der SPD und der Grünen im Bund, sah dies zehn Jahre anders aus.

Als im Mai 2005 Gerhard Schröder nach der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (SPD und Grüne mussten in die Opposition, CDU und FDP gelangten in die Regierung) die Flucht nach vorn antrat und den Weg zu Neuwahlen im Bund ebnete, provozierte er damit das Scheitern der rot-grünen Regierung im Herbst desselben Jahres. Immerhin konnte die SPD Juniorpartner der Union im Bund werden. Schröder förderte mit diesem Schritt indirekt den Wechsel von Oskar Lafontaine zur WASG, die nach der Hartz IV-Gesetzgebung entstanden war, deren Bündnis mit der PDS und den Zusammenschluss der beiden Parteien 2007. Bei der Bundestagswahl erreichte die Linkspartei, auf deren Liste auch Repräsentanten der WASG standen, 4,9 Prozent der Stimmen in den alten Ländern und 8,7 Prozent bundesweit.

Wandlungen des Wahlverhaltens in Nordrhein-Westfalen spiegeln sich aufgrund der Größe des Landes häufig im Bund wider. Das Land hat sich deshalb als Vorläufer für andere Konstellationen im Parteien- und Koalitionssystem gezeigt. Insofern verdienen die Wahlen in Nordrhein-Westfalen zu Recht eine besondere Beachtung, wobei die Wissenschaft freilich die starke Relevanz landesspezifischer Faktoren im Vergleich zu bundespolitischen erhellt (Klein/Ohr 2008). Diesmal kommen zwei spezifische Gesichtspunkte hinzu: Zum einen sind es die ersten Landtagswahlen nach der Bundestagswahl und für längere Zeit die einzigen, zum anderen bedeutet jede andere Koalition – wie erwähnt – den Verlust der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat.

### 3. Die Regierungsparteien nach der Bundestags- und vor der Landtagswahl

Die Union war zwar der Wahlsieger, aber mit 33,8 Prozent erreichte sie das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte, von der ersten Bundestagswahl 1949 abgesehen. Vor allem die CSU brach mit einem Minus von 6,6 Punkten ein (in Bayern: 42,5 Prozent; das sind bundesweit 6,5 Prozent). Wohl deswegen trat die bayerische Kraft bei den Koalitionsverhandlungen resolut auf. Immerhin räumt der Parteivorsitzende Horst Seehofer mittlerweile Kakaphonie ein: „Die Zeit der nervösen Selbstanklagen ist vorbei. Die Leute haben die Vieltimmigkeit statt. Sie sagen zu Recht: Macht eure Arbeit!“ (Seehofer 2010: 26).

In der Union brach eine Strategiediskussion auf, erst unterschwellig, später offen, als drei Fraktionsvorsitzende (der Hesse Christean Wagner, der Sachse Steffen Flath, der Thüringer Mike Mohring und Saskia Ludwig, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende aus Brandenburg) in einem Zeitungsaufschlag der eigenen Partei Profillosigkeit vorwarfen – im Vorfeld einer Klausurtagung des Bundesvorstands. Die Strategie der Parteiführung, auf Wechselwähler zu zielen, nicht auf Stammwähler, sei verkehrt gewesen. (Wagner/Ludwig/Flath/Mohring 2010). In seiner „Berliner Erklärung“ ließ der Bundesvorstand der CDU diplomatisch verlauten, es werde „mehr denn je entscheidend darauf ankommen, die eigenen Stammwähler zu binden und neue Wähler hinzuzugewinnen. Wahlen werden in der Mitte gewonnen“ (Berliner Erklärung 2010: 3).

Nach der freilich empirisch nicht ganz sicheren Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap hat die Union im Saldo knapp 1,2 Millionen Stimmen von Wählern verloren, die letztes Mal

„zu Hause“ geblieben sind, und über 1,1 Millionen Stimmen an die FDP (Infratest dimap 2009: 13). Dem stehen knapp ehemalige 900.000 Wähler gegenüber, die ihre Stimme nicht mehr der SPD, sondern der Union gegeben haben. Auf den ersten Eindruck scheint es, als hätten die Kritiker Merkmals Recht: Aber das ist eine Milchmädchenrechnung. Erstens sind die an die FDP gegangenen Stimmen im schwarz-gelben Lager verblieben. Insofern ist das faktisch ein Null-Summenspiel. Zweitens schlagen die von der SPD gewonnenen Stimmen doppelt zu Buche. Drittens ist die Feststellung, bei den jetzigen Nichtwählern, die früher für die Union votiert haben, handle es sich um enttäuschte Stammwähler, empirisch keineswegs erhärtet. Die Motive, wieso bisherige Wähler zu Hause bleiben, sind höchst unterschiedlich. Unter dem Strich hat die Union damit mehr Stimmen über die einstigen SPD-Wähler gewonnen als Nichtwähler verloren – und zwar im Verhältnis von 3:2. Die Union hat den unschätzbaren Vorteil, dass rechts neben ihr keine gesellschaftlich anerkannte Kraft existiert, die sich als Sammelbecken erweisen könnte. Insofern ist sie gegenüber der SPD in einer weitaus besseren Ausgangsposition.

Wer das Resultat der Union bei der Bundestagswahl angemessen analysieren will, muss einerseits die Ergebnisse der Partei zur früheren Wahlen heranziehen und andererseits die der anderen Parteien. Was den ersten Punkt angeht, so ist es um die Union schlecht bestellt. Beim zweiten Punkt sieht es ganz anders aus: Von den beiden Wahlen 1953 und 1957 abgesehen, war der Unterschied zwischen der Union und der SPD niemals so groß wie diesmal (mit 10,8 Prozentpunkten). Dabei fielen die Ausgangspositionen für Union und SPD wegen der Großen Koalition weithin gleich aus.

Mit 16,4 Prozent erzielte die FDP unter Verweis auf die Notwendigkeit

eines „Politikwechsels“ ihr klar bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl. Entsprechend selbstbewusst trat sie in den Koalitionsverhandlungen auf, obwohl sie wissen musste, dass manche Wähler ihr mehr aus Verdruss über die Union die Stimme gegeben haben, weniger aus Neigung für sie. Sie hält weiterhin an Steuersenkungen fest, wenn gleich kaum eine finanzielle Basis dafür gegeben ist. Deswegen litt das Verhältnis zum Koalitionspartner und sank die Partei in der Wählergunst dramatisch (Bannas 2010). Die FDP akzeptiert nun eine Verschiebung des Zeitpunkts für eine Steuerreform, nicht aber den Verzicht auf eine solche. Sie musste sich den Vorwurf gefallen lassen, Klientelpolitik zu betreiben (z.B. aufgrund der von ihr durchgesetzten Steuerentlastungen für Hoteliers) und zog sich Kritik wegen Großspenden aus dem Hotelgewerbe zu.

Die mehrfach geäußerte Behauptung von Guido Westerwelle, eine geistig-politische Wende sei nötig (Westerwelle 2010: 27), wurde weder präzisiert noch bisher in die Praxis umgesetzt. Beim Streit um das Vertriebenenzentrum blieb Außenminister Westerwelle hart. Er sprach sich gegen einen Sitz für die von Polen abgelehnte Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach im Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ aus. Dem mag eine Absprache hinter den Kulissen mit der Kanzlerin vorausgegangen sein. Hingegen ist die reservierte Haltung der Union gegenüber den einschneidenden Reformbestrebungen des Gesundheitsministers Philipp Rösler nicht gespielt. Das Verhältnis zur CSU ist weiterhin gespannt. So heißt es mit Blick auf diese bei Westerwelle: „Ich habe eine Engelsgeduld. Aber die FDP kann auch anders“ (Westerwelle 2010: 28).

#### 4. Die Oppositionsparteien nach der Bundestags- und vor der Landtagswahl

Die SPD erlitt bei der Bundestagswahl 2009 mit 23,0 Prozent ein Debakel, ihr weitaus schwächstes Ergebnis auf Bundesebene. Sie hat den riesigen Nachteil, dass sie Wähler an alle Parteien gleichermaßen verliert – an die Linke, die nicht zum rot-grünen Lager gehört, an die Union, an die Grünen, an die FDP und auch massiv an die Nichtwähler (Infratest dimap 2009: 14). Die SPD ist gegenwärtig eine Partei ohne Identität, ohne Markenkern.

Nach der Bundestagswahl wechselte erneut der Parteivorsitz. Ihn übernahm Sigmar Gabriel, ein Politiker mit größerem Charisma als Frank-Walter Steinmeier, der den Fraktionsvorsitz behielt. Beide wurden in der Vergangenheit stark von Gerhard Schröder gefördert. In einem gemeinsamen Papier plädieren sie dafür, spätestens zwischen 2013 und 2015 müsse Deutschland seine letzten Soldaten aus Afghanistan zurückgezogen haben. Damit nimmt die Partei nach der Wahl in außenpolitischer Hinsicht eine Akzentverschiebung vor. Das gilt auch für gewisse Korrekturen bei der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Was die Frage des Renteneintrittsalters betrifft („Rente mit 67“ war eine Idee von Franz Müntefering), steht die Haltung noch nicht fest. Es gibt offenkundige Gegensätze zwischen den beiden führenden Politikern. Während Steinmeier eher eine kooperative Oppositionsstrategie präferiert, setzt Gabriel stärker auf eine kompetitive (Feldenkirchen/Hickmann 2010).

Der größte Unterschied seit der Bundestagswahl besteht wohl in der „Öffnung der SPD gegenüber der Linken“ (Decker 2009: 22) kurz nach der Bundestagswahl. Die neue SPD-Führung um Sigmar Gabriel hat den Strategiewechsel mehrfach verkündet und für

ein pragmatisches Verhältnis zur Linken geworben. „Es gibt keinen prinzipiellen Grund, nicht mit der Linkspartei zu koalieren. Es gibt aber auch keinen prinzipiellen Grund, es immer zu tun“ (Gabriel 2009: 30). Für Erwin Sellering, sozialdemokratischer Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, ist das Verhältnis zur Linken „völlig unproblematisch [...]“. Die Frage sei nur, mit welchem Partner [CDU oder Linke] mehr Ziele der SPD durchgesetzt werden könnten“ (Neues Deutschland v. 11. November 2009, S. 4).

Vor der Bundestagswahl 2009 hatte die Forschungsgruppe Wahlen nach der Bewertung von Koalitionsmodellen gefragt. Das eindeutige Ergebnis: „Rot-Rot-Grün wird als Koalitionsvariante von allen Befragten schließlich am stärksten abgelehnt, wobei ein solches Bündnis von den Linken-Anhängern sehr positiv, von den SPD-Anhängern deutlich negativ und von den Anhängern der Grünen zwiespältig beurteilt wird“ (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 37). Diese Angaben sind belastbar. „Auch nach dem [SPD-]Parteitag in Dresden findet eine Zusammenarbeit von SPD und Linkspartei keine mehrheitliche Unterstützung: 64 Prozent aller Befragten und 62 Prozent der SPD-Anhänger sprechen sich explizit dagegen aus. Dafür sind lediglich 29 Prozent aller Befragten und 35 Prozent der SPD-Anhänger“ (Jung 2009: 24). Wie die Union muss die SPD wissen: Wahlen werden in der Mitte gewonnen. Insofern weist Andrea Ypsilanti ihrer Partei keinen guten Dienst, wenn sie mit Kräften wie Sven Giegold von den Grünen und Katja Kipping von der Linken ein solches Dreierbündnis anstrebt (Hickmann 2010). Das gilt auch für den Zirkel um Angela Marquard, dem jetzigen SPD- und dem früheren PDS-Mitglied.

Von den drei kleineren Parteien haben die Grünen mit 10,7 Prozent am schlechtesten abgeschnitten und mit 2,6 Punkten am wenigsten dazugewonnen – ohne Joschka Fischer. Im Januar 2010

jährte sich ihre Gründung zum 30. Mal. Seinerzeit hatten sie vier Prinzipien auf ihr Panier geschrieben: sozial, ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei. Die Partei ist mittlerweile pragmatischer geworden (Monath 2010). Das hat Konsequenzen für ihre Koalitionsoptionen.

Vielleicht kommt ihnen im Fünfparteiensystem demnächst als „Scharnierpartei“ eine „koalitionsstrategische Schlüsselposition“ (Niedermayer 2009: 276) zu. Sie fassten auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober 2009 den Beschluss, dafür Sorge zu tragen, dass ein schwarz-gelbes Bündnis 2013 keine Mehrheit mehr bekommt – in immer neuen Varianten. An keiner Stelle findet sich ein Plädoyer für ein rot-rot-grünes Bündnis, und nirgendwo ist davon die Rede, eine „schwarze Ampel“ verbiete sich. Im Gegenteil: „Jetzt ist nicht der Zeitpunkt, positive oder negative Koalitionsaussagen für 2013 zu treffen. [...] Mit dieser Ausschließeritis muss endlich Schluss sein!“ (Bündnis 90/Die Grünen 2009: 9). Schon bei der Bundestagswahl 2009 hatten die Grünen bekanntlich nur gegen eine „schwarze Ampel“ votiert, nicht gegen ein schwarz-grünes Bündnis, freilich auch nicht gegen ein rot-rot-grünes. Ihr Problem: Für die Führungsspitze wäre eine Koalition mit der Union erwägenswert, freilich (noch) nicht für die aktive „Basis“, deren Vorbehalte gegenüber einem derartigen Bündnis stark lebensweltlich bedingt sind, ebenso wohl nicht für die Masse ihrer Wähler, wie jüngste interne Analysen gezeigt haben. In einer repräsentativen Umfrage (Mehrfachnennungen waren möglich) votierten 59 Prozent für Rot-gelb-grün, 46 Prozent für Rot-rot-grün und nur 23 Prozent für Schwarz-gelb-grün (Beste 2010).

Die Wählerschaft entstammt zwar ganz überwiegend einer bürgerlichen Schicht, aber das muss keine „bürgerliche“ Ausrichtung im Sinne der Union oder der FDP zur Folge haben. Die Grünen sehen sich gemäß ihres Mottos

„Inhalte vor Macht“ unter Umständen gleichwohl genötigt, ihr „Lagerdenken“ aufzuweichen (Haas 2006), zumal bei funktionierenden lagerübergreifenden Koalitionen in einigen Ländern. In der Opposition tut sich die Partei schwer, neben der SPD und den Linken Profil zu zeigen. Das war in der letzten Legislaturperiode nicht anders, als sie die anderen beiden Oppositionsparteien – die Linke und die FDP – gleichsam „in die Zange genommen“ hatten.

Die Linke schnitt bei der Bundestagswahl 2009 mit einem Ergebnis von 11,9 Prozent überaus gut ab (Ost: 28,5 Prozent; West: 8,3 Prozent). Ihre Strategie, einen „Oppositionswahlkampf“ zu führen, ist damit aufgegangen. Ein solches Resultat wäre noch vor wenigen Jahren als undenkbar erschienen. Maßgeblich verantwortlich ist dafür Oskar Lafontaine, der die Partei im Westen salonfähig gemacht hat. Aber er bringt sie nun in eine extrem schwierige Lage. Lafontaine verzichtete bald nach der Bundestagswahl auf das Amt des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag. Obwohl Gregor Gysi im Januar 2010 Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch öffentlich wegen seiner (angeblichen oder tatsächlichen) Illoyalität gegenüber Oskar Lafontaine, mit dem ihn starke Konkurrenz verband, öffentlich gedemütigt und Bartsch danach auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte, erklärte Lafontaine – aus Gesundheitsgründen – seinen Rückzug auch vom Amt des Vorsitzenden. Er sollte ab Mai 2010 alleiniger Vorsitzender werden (wegen des schon lange zuvor erklärten Verzichts von Lothar Bisky).

Der überraschende Wechsel Lafontaines ins Saarland (als dortiger Fraktionsvorsitzender) offenbarte bei der in sich zerstrittenen Linken riesige Integrations- und Führungsprobleme. Gesine Löttsch (als PDS-Frau aus dem Osten mit eher gemäßigten Maximen trotz SED-Vergangenheit) und Klaus Ernst (als WASG-Mann mit eher radikalen Maximen trotz SPD-Vergangenheit) sind

als neue Vorsitzende vorgesehen (Gregor Gysi war nicht mehr bereit, für das Amt des Parteivorsitzenden zu kandidieren. Eine solche Lösung wäre von der ganzen Partei gutgeheißen worden), Werner Dreibus und Caren Lay als Nachfolger Bartschs. Die Kommunistin Sahra Wagenknecht soll stellvertretende Parteivorsitzende werden (Küpper 2010).

Durch den Rückzug des Hardliners Lafontaines ist die Partei gestärkt worden, was mögliche Koalitionen betrifft, jedoch geschwächt mit Blick auf Wahlerfolge zumal im Westen des Landes. An der Linken wird eine Kooperation mit der SPD (und den Grünen) nicht scheitern, auch wenn dort einige Kräfte, etwa aus Nordrhein-Westfalen, Regierungsverantwortung ablehnen. In dem Moment, in dem sich ein Wandel bei anderen abzeichnet und eine realistische Option für ein Linksbündnis besteht, dürfte sich die Linke nicht sperren.

## 5. Die Konstellation in Nordrhein-Westfalen und die Perspektiven

Wie gezeigt, sind nicht nur die Regierungs-, sondern auch die Oppositionsparteien in einer prekären Verfassung. Alle erhoffen sich von der Wahl in Nordrhein-Westfalen eine positive Trendwende. Sollte dort die Union mit der FDP weiterregieren, könnte dies die Situation für die beiden Parteien in Berlin entspannen. Hinfort muss die Regierung sich keine große Gedanken um den Verlust der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat machen. In den Ländern mit einer „bürgerlichen“ Mehrheit wird erst 2011 (in Baden-Württemberg) und 2013 (in Niedersachsen) gewählt. Der Vorsprung für die CDU und die FDP erscheint dort solide. Umgekehrt haben sie die Chance, nach den Wahlen etwa in Sachsen-Anhalt (2011) und Hamburg (2012) schwarz-gelbe Koalitionen zu installieren.

Jürgen Rüttgers wird vorgeworfen, er blockiere Reformen und verhindere klare Aussagen der Regierung zur Steuerreform, zum Umbau der Gesundheitspolitik, zur Laufzeit für Kernkraftwerke (Pfister 2010). Der „Arbeiterführer“ will nirgendwo anecken, beruft sich mitunter auf Johannes Raus Motto „Versöhnen statt spalten“ (Burger 2010b) und provoziert damit die Sozialdemokratie, für die Rau von 1978 bis 1998 Ministerpräsident gewesen war. Hingegen hat er die eigene Partei provoziert, als er im Januar 2010 auf dem nordrhein-westfälischen Parteitag der CDU verlauten ließ: „Der missglückte Start der Bundesregierung hat es uns nicht leichter gemacht“ (zit. nach Pfister 2010: 27). Union und FDP wollen erst nach der Steuerschätzung im Mai 2010 über die Höhe der Steuerentlastungen entscheiden. Kritiker sehen darin ein Spiel auf Zeit.

SPD und Grüne streben an, wieder gemeinsam im Land zu regieren (wie zwischen 1995 und 2005). Da eine solche Konstellation kaum mehrheitsfähig sein dürfte, schließen die beiden Parteien, so sieht es aus, eine Koalition mit der Linken nicht kategorisch aus. Für Hannelore Kraft, die Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD, ist ein Bündnis mit der Linken, die im Land extremistische Züge trägt (Burger 2009), keineswegs tabuisiert, auch wenn diese „derzeit weder inhaltlich noch personell regierungsfähig“ sei: „Ich bin gegen jede Ausschließertis. In einem Fünfparteiensystem macht es überhaupt keinen Sinn, grundsätzlich Dinge auszuschließen“ (Kraft 2009: 5). Der Hinweis auf das „Fünfparteiensystem“ und den daraus abgeleiteten Verzicht auf Koalitionsausagen führt in die Irre. Erstens ist nicht die Zahl der Parteien entscheidend, sondern die Frage, ob die Partei aufgrund ihrer verfassungstreuen oder nicht verfassungstreuen Ausrichtung für eine Koalition in Frage kommt. Zweitens will und soll der Bürger vorher wissen, mit wem eine Partei nach der Wahl gegebenenfalls

kooperiert. Der Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel hat sich im Vergleich zur Landesvorsitzenden Kraft mal positiver, mal negativer über die Linke geäußert. Das Wörtchen „derzeit“ findet sich mit Blick auf die Gretchenfrage nach den Koalitionsoptionen auch bei ihm.

Wiewohl die im Bund regierenden Parteien bei Landtagswahlen gemeinhin eine „Abstrafung“ hinnehmen müssen, ist eine solche Konstellation diesmal keineswegs wahrscheinlich, jedenfalls dann, wenn die SPD ein Bündnis mit der Linken als möglich erachtet – nicht nur deshalb, weil diese in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen fundamentalistisch auftritt (mit Forderungen nach einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und einer Verstaatlichung der Energiekonzerne Eon und RWE), sondern auch vor allem deshalb, weil sich selbst SPD-Wähler, wie gezeigt, von einem Bündnis unter Einschluss der Linken abgeschreckt fühlen. Jedenfalls gilt das im Westen und gegenwärtig (noch).

Die Konstellation ist sehr unübersichtlich, die Zahl der möglichen Koalitionskonstellationen vielfältig (Burger 2010). Nach den Meinungsumfragen liegen CDU und FDP etwa gleichauf mit der SPD, den Grünen und der Linken. Die Einführung des Zweistimmensystems 2007 könnte den kleineren Parteien nützen. Nur für den Fall, dass die Linke an der Fünfprozenthürde scheitert, wäre die Koalitionsbildung einfach. Im anderen Fall käme neben der schwarz-gelben und rot-grünen Variante auch eine schwarz-grüne Koalition in Frage (wenn es arithmetisch nicht für die Fortsetzung der bisherigen Koalition reicht). Die Grünen haben auf ihrem Parteitag eine schwarz-gelb-grüne Koalition und die Tolerierung von Rot-grün durch die Linke eigens ausgeschlossen, nicht aber ein rot-grün-rotes und ein schwarz-grünes Bündnis. Ansonsten böte sich nur eine Große Koalition an, sollten SPD und Grüne nicht doch der Versuchung erliegen, mit der Linken ein Bündnis einzugehen. Eine

Verbindung der SPD und der Grünen mit der FDP dürfte angesichts der ablehnenden Haltung der Liberalen ausscheiden, auch wenn diese über die Annäherung zwischen der Union und den Grünen vergrätzt sind. In einer Reihe von nordrhein-westfälischen Gemeinden gibt es schwarz-grüne Bündnisse, die durchaus funktionieren.

Gewiss spricht vieles dafür, dass sich auf Bundesebene ein bipolares Parteiensystem herauskristallisiert, doch muss dies nicht in jedem Land so sein, wie die Entwicklung in Thüringen (kein rot-rotes Bündnis, sondern eine Koalition der CDU mit der SPD) und im Saarland zeigt (kein rot-rot-grünes Bündnis, sondern eine Koalition der CDU mit der FDP und den Grünen – die erste „schwarze Ampel“ auf Landesebene). Auf diese Weise könnten allmählich neue Bündnisse auch im Bund möglich sein, ihre Funktionsfähigkeit auf Landesebene vorausgesetzt. Wer solche Konstellationen betrachtet (man denke ebenso an das schwarz-gelbe Bündnis in Hamburg), hält ein lagerübergreifendes Bündnis unter Einschluss der Grünen für weitaus realistischer als ein solches unter Einschluss der Liberalen. Diese sind enger an die Union gebunden als die Grünen an die SPD.

## Literatur

- Alemann, Ulrich von (Hrsg.) 1985: Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985.
- Bannas, Günter 2010: Westerwelle beruft Krisensitzung ein, in Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6. Februar 2010, S. 1f.
- Berliner Erklärung 2010. Unsere Perspektiven 2010-2013. Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands anlässlich der Klausurtagung am 14. und 15. Januar 2010 in Berlin, Berlin 2010.
- Beste, Ralf 2010: Jung, bürgerlich, links, in: Der Spiegel v. 25. Januar 2010, S. 34.
- Bündnis 90/Die Grünen 2009: Grün macht Zukunft. 31. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, Rostock 2009.

- Burger, Reiner 2009: Die Linken unter den Linken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19. September 2009, S. 4.
- Burger, Reiner 2010a: Wer mit wem? In Nordrhein-Westfalen gibt es viele Möglichkeiten für Bündnisse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23. Januar 2010, S. 10.
- Burger, Reiner 2010b: Wer hat ein Recht auf Rau?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30. Januar 2010, S. 4.
- Burger, Reiner 2010c: Lieber mit der CDU als gar nicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 8. Februar 2010, S. 4.
- Decker, Frank 2009: Koalitionsaussagen und Koalitionsbildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51/2009, S. 20-26.
- Feldenkirchen, Markus/Hickmann, Christoph: Opposition hoch zwei, in: Der Spiegel v. 1. Februar 2010, S. 24 f.
- Forschungsgruppe Wahlen 2009: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 2009, Mannheim 2009.
- Gabriel, Sigmar 2009: „Hase nennt sie mich noch nicht“, in: Der Spiegel v. 9. November 2009, S. 29-32.
- Haas, Melanie 2006: Innovation mit einer neuen bürgerlichen Partei? Die Grünen nach der Bundestagswahl 2005, in: Jun, Uwe/Kreikenbom, Henry/Neu, Viola (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a.M./New York 2006, S. 201-222.
- Hickmann, Christoph, Ein Bild von einer Frau, in: Der Spiegel v. 8. Februar 2010, S. 32 f.
- Infratest dimap 2009: Wahlreport. Bundestagswahl 27. September 2009, Berlin 2009.
- Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.) 2010: Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen – Ergebnisse – Folgen, Wiesbaden 2010.
- Jung, Matthias 2009: Das sozialdemokratische Lagerdilemma, in: Berliner Republik 11 (2009), Heft 6, S. 20-24.
- Klein, Markus/Ohr, Dieter 2008: Bundestagswahlen oder Regionalwahlen? Eine empirische Analyse der nordrhein-westfälischen Analyse der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen, in: Völkl, Kerstin/Schnapp, Kai-Uwe/Holtmann, Everhard/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 219-238.
- Kraft, Hannelore 2009: „Pragmatiker aus der Linkspartei zurückholen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10. Oktober 2009, S. 5.
- Kranenpohl, Uwe 2008: Das Parteiensystem Nordrhein-Westfalens, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 315-339.
- Küpper, Mechthild 2010: Das Kollektiv als Korrektiv, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 27. Januar 2010, S. 4.
- Monath, Hans: Was ist vom Gründungsimpuls übrig geblieben?, in: Tagesspiegel v. 10. Januar 2010.
- Niedermayer, Oskar 2009: Wahrscheinliche und unwahrscheinliche Koalitionen, in: Machnig, Matthias/Raschke, Joachim (Hrsg.): Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen, Hamburg 2009, S. 267-279.
- Papke, Gerhard 1992: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956, Baden-Baden 1992.
- Pfister, René 2010: Das Gespenst, in: Der Spiegel v. 1. Februar 2010, S. 26 f.
- Rüttgers, Jürgen 2010: „Ich brauche Rückenwind“, in: Der Spiegel v. 8. Februar 2010, S. 36-38.
- Seehofer, Horst 2010: „Es gibt keine Tabus“, in: Der Spiegel v. 25. Januar 2010, S. 24-26.
- Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. 17. Legislaturperiode, Berlin 2009.
- Wagner, Christean/Ludwig, Saskia/Flath, Steffen/Mohring, Mike 2010: Mehr Profil wagen!, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 10. Januar 2010, S. 9.
- Westerwelle, Guido 2010: „Ich kann auch anders“, in: Der Spiegel v. 8. Februar 2010, S. 26-28.